

# Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen als Postanfragen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. H. Bräuer, Auer. Druck: Druckerei des Auer Tageblattes, Auer.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 239

Dienstag, den 13. Oktober 1931

26. Jahrgang

# Tagung des nationalen Blochs

## Er fordert: Rücktritt der Reichs- und Preußenregierung und sofortige Neuwahlen

In Bad Harzburg fand gestern unter starker Beteiligung der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und des Stahlhelms sowie zahlreicher führender Persönlichkeiten des Landbundes und der Wirtschaft die Tagung des nationalen Blochs statt.

In den gemeinsamen Besprechungen wurden vier Entwürfe festgelegt, die von den Parteien unabhängig voneinander im Reichstag eingebracht werden sollen.

**Vertrauensantrag gegen die Reichsregierung, Antrag, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen für den 8. November anzuberaumen, Forderung, die Notverordnungen aufzuheben, Forderung, die Polizeikommissionen an Preußen einzustellen.**

In allen Erklärungen wurde bestimmt, daß die einzelnen Gruppen der Rechtsparteien bereit seien, loyal zusammenzuarbeiten, daß sie sich aber zugleich die Selbstständigkeit in ihrer Zielsetzung vorbehalten. — Die Grundhaltung kam in allen Fraktionsführungen gleichermaßen zum Ausdruck. In der der Nationalsozialistischen Partei ergriffen übrigens auch Dr. Fricke und Hitler das Wort. Die von dieser Gruppe erlassene Rundgebung, die sich gegen die Reichsregierung stellt, läßt sich als „Bolschewismus und Marxismus“ Kampf mit allen Mitteln an. In der gemeinsamen Sitzung aller Fraktionen sprach Dr. Fricke dann nochmals und betonte den Willen, die Macht auf legalem Wege zu erlangen. — Ein Feldgottesdienst in der Umgebung von Harzburg sowie ein gemeinsames Mittagessen ging der großen Nachmittags-Tagung voraus.

Das Städtchen Harzburg stand vollkommen im Zeichen der Tagung der Rechtsopposition. Schwarz-weiß-rote und Halbkreuz-Flaggen, die braunen Uniformen der Nationalsozialisten und die grauen des Stahlhelms verleihten dem äußeren Bilde des Tages das Gepräge. Von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist nur Generaloberst von Seeck anwesend. Dafür sind aber zwei führende Mitglieder der rheinisch-westfälischen Organisation der Deutschen Volkspartei erschienen, Hüttenbrenner und Kuhlmann-Diesterhoff und General-Liebeskind. Von der Wirtschaftspartei sieht man den Abgeordneten Sackeborn.

Die Nationalsozialisten hielten vor der gemeinsamen Fraktionsführung der nationalen Parteien eine eigene Sitzung im Kurhaus ab. Der Vorsitzende, Dr. Fricke, gab eine kurze Darstellung, wie es zu dieser gemeinsamen Tagung in Harzburg gekommen sei. In weiten Kreisen der NSDAP hätten anfangs Bedenken geherrscht. Demgegenüber sei darauf hinzuweisen, daß auch Mussolini zunächst den Weg der Koalition habe gehen müssen. Notwendig sei, daß die nationale Opposition in geschlossenem Vorgehen die Macht erlange. Dabei gehe aber die NSDAP keinen Deut von ihren Zielen ab. Die Nationalsozialisten würden in den Reichstag zurückkehren, nicht um dort sogenannte politische Arbeit zu leisten, sondern um die Regierung zu brüchen und das System zu erledigen.

Im Verlaufe dieser Sitzung erschien auch

### Hitler

der logisch das Wort erhielt. Der innerpolitische Teil seiner Rede besteht aus sehr scharfen Angriffen gegen die bisherigen Regierungen, besonders die derzeitige Reichsregierung, gegen die der Vorwurf erhoben wird, daß sie durch das Versagen ihrer Pflicht der wahrheitsgemäßen Aufklärung über die furchtbare Lage Deutschlands in erster Linie mitschuldig sei an einer Katastrophe, die heute in ihrer zwangsläufigen Auswirkung alle Kulturstaaten bedrohe. Er bezieht sich weiter als Ziel der Nationalsozialisten die Überwindung der inneren Klassengegensätze. Er läßt weiter dem Bolschewismus und Marxismus den schärfsten Kampf an. Die NSDAP sei entschlossen, die Auseinandersetzung zwischen Bolschewismus und Antibolschewismus in Deutschland mit allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz im Sinne der Erhaltung der deutschen abendländischen und christlichen Kultur durchzuführen. In außenpolitischer Hinsicht erklärte Hitler seine Bereitschaft „zur Erfüllung jeder nichtpolitischen finanziellen Verpflichtung, die wir als Kaufmann zum Kaufmann ausgenommen haben“. Ein national registriertes und damit von der übrigen Welt wieder geachtetes Deutschland sei mehr befähigt, aufrichtige freundschaftliche Beziehungen zu anderen Nationen anzuknüpfen, als unter heute von den Fieberkrämpfen des Bolschewismus geschütteltes und am Ende vollkommen zerstörtes Volk.

In der gemeinsamen Fraktionsführung,

die am Mittag stattfand, treten dann die Vertreter der beteiligten Richtungen nebeneinander auf. Dr. Fricke betonte den Willen, die Macht auf legalem Wege zu gewinnen. Seine Ausführungen wurden durch den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Oberhofen unterstützt. Der frühere Landvolk-abgeordnete Wendhausen sprach ebenfalls seine Solidarität mit der Opposition aus. Für die preußische Landtagsfraktion der Rechten verlangten die Abgeordneten von Wintzingerode und Rube die Ergänzung der Aktion durch ein paralleles Vorgehen in Preußen, das z. B. durch die Klage gegen die preußische Notverordnung eingeleitet sei. — Im Laufe des Vormittags fand ein Feldgottesdienst

auf einer Wiese in der Umgegend von Harzburg statt und im An-

schluß daran ein Vorbemerkung. Vor der großen Nachmittags-Tagung waren die Teilnehmer der Tagung bei einem gemeinsamen Mittagessen versammelt.

### Die Rundgebung im Kurhaus

Die große Rundgebung am Nachmittag im Harzburger Kurhaus hatte sich etwas verzögert, weil vor ihrem Beginn noch eine Besprechung zwischen Hitler und Eugenberg stattfand. Die beiden betraten dann gemeinsam den Saal, wo man sie kühnlich empfing. Nach den Begrüßungsworten des deutschnationalen braunkhewigen Finanzministers Kühnenthal sprach

### Dr. Eugenberg

In seiner Eröffnungsansprache hatte er erklärt, daß man Harzburg als Tagungsort deshalb wählte, weil man hier außerhalb des Machtbereiches der preußischen Polizei sei. Nun rief er in den Saal, hier in Harzburg sei heute die Mehrheit des deutschen Volkes, die zeigt, daß eine neue Welt im Aufstiege sei. Er wandte sich dann gegen die „bisherigen Gewalttäter“, denen er, ebenso wie dem internationalen Kapital, von dem er behauptete, es kämpfe irreguliert gegen das Nationale, die Schuld an der Arbeitslosigkeit zuschob. Diese könne nur von der Rechtsopposition niedergebungen werden. Er wandte sich auch gegen die Kabinettsbildung, forderte Neuwahlen in Preußen und zeichnete abschließend die Gefahr eines Bolschewismus für Amerika. Die von ihm vorgelegte

### Entschließung

hat folgenden Wortlaut:

„Die nationale Front, einig in ihren Parteien, Bündnissen und Gruppen, von dem Willen befeuert, gemeinsam und geschlossen zu handeln, gibt folgendes Fund: Die nationale Opposition hat seit Jahren vergeblich gewarnt vor dem Verfall der Regierungen und des Staatsapparates gegenüber dem Blutterror des Marxismus, vor dem fortschreitenden Kulturbolschewismus und der Zerstückelung der Nation durch den Klassenkampf, vor der planmäßigen Ausfaltung der nationalen Kräfte aus der Leitung des Staates, vor einer Politik, die in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entmannung Deutschlands nach über das Diktat von Versailles hinausgeht, vor einer Politik die die heimische Wirtschaft zu Gunsten weltwirtschaftlicher Utopien preisgibt, vor einer Politik der Unterwürfigkeit dem Ausland gegenüber, die weder die Gleichberechtigung Deutschlands gebracht hat, noch den zerfallenen Öfen vor einem kriegerischen Einbruch bewahrt. Entschlossen, unser Land vor dem Chaos des Bolschewismus zu bewahren, unsere Politik durch wirksame Selbsthilfe aus dem Strudel des Wirtschaftsbanquettes zu retten und damit der Welt zum wirklichen Frieden zu verhelfen, erklären wir:

Wir sind bereit, im Reich und in Preußen in national geführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen. Wir stoßen keine Hand jurist, die sich zu wirklich christlicher Zusammenarbeit anbieten. Wir müssen es aber ablehnen, die Erhaltung eines falschen Systems und die Fortsetzung eines falschen Kurles in einer nur national getarnten Regierung der bisherigen Kräfte irgendwie zu stützen. Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegnerschaft rechnen.

Im vollen Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung erklären wir, daß die in der nationalen Opposition stehenden Verbände bei kommenden Wahlen wohl Leben und Eigentum, Haus, Hof und Arbeitsstellen derjenigen vorteilhaft werden, die sich mit uns offen zur Nation bekennen, daß wir es aber ablehnen, die heutige Regierung und das heute herrschende System mit dem Einzug unseres Blutes zu schützen. Wir verlangen die Wiederherstellung der deutschen Wehrhaftigkeit und Rückzugsausgleich. Einig stehen wir zu diesen Forderungen. Gedächtnis ist jeder, der unsere Front zerreißen will.

Wir beschwören den durch uns gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dem kühnlichen Drängen von Millionen nationaler Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in jeder Stunde durch Berufung einer wirklich nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel durchführt. Die Träger dieser nationalen Regierung wissen um die Wünsche und Räte des deutschen Volkes aus ihrer blutigen Verbundenheit mit diesen. Sie haben die Entwicklung der letzten Jahre

vorausgesagt. Der Ablauf der Geschichte hat die Richtigkeit ihrer Vorschläge und Forderungen erwiesen. Darin sehen wir im tiefsten Sinne die Berechtigung zur Übernahme der Regierungsgewalt. Nur der starke nationale Staat kann Wirtschaft und Arbeitsschutz schützen. Nur der starke nationale Staat kann das Leistungsprinzip in jeder Form verwirklichen und die zur Herbeiführung einer waren Volksgemeinschaft notwendigen sozialen Maßnahmen durchführen. Wir verlangen von allen Volksgenossen Pflichterfüllung und Opfer. Wir glauben an die Erfüllung unserer Aufgaben, weil wir auf die deutsche Kraft, auf die Zukunft unseres Volkes vertrauen.

Die Beratung der Entschließung wurde mit kühnlichen Beifall aufgenommen.

Die Entschließung befahl sich dann mit den vier Entwürfen und forderte einen Kurswechsel im Sinne der Rechtsopposition. — Nach Eugenberg ergriff

### Hitler

das Wort, dessen Ausführungen, von theoretischen Gesichtspunkten ausgehend, sich allmählich der Kritik der heutigen Verhältnisse zuwandten, um zu dem Schluß zu kommen, in Deutschland müßte entweder Kommunismus oder Nationalismus herrschen. Nicht um parlamentarische Veränderungen oder um Regierungserneuerungen gehe der Kampf der Rechtsopposition, sondern um eine grundsätzliche Entscheidung zwischen den beiden Systemen. — Ihm folgte der erste Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidte, der den Willen des Stahlhelms, ehrlich und treu mitzuarbeiten, betonte. Der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberleutnant Duckerberg, verteidigte den Gedanken der Wehrhaftigkeit. Der nächste Redner, Graf Ralfe von Eick, erklärte, der Reichsländbund schließe sich der Rechtsopposition an. — Der nächste Redner war

### Dr. Schaaf

Er wandte sich in außerordentlich scharfer Weise gegen die Führung der Finanzwirtschaft und forderte als Wirtschaftsprogramm der Rechtsopposition das Friedensprogramm des Großen nach dem siebenjährigen Krieg: „Sich fest auf die heimische Wirtschaft stellen und aus dem heimischen Boden herausziehen, was nur irgend herauszuholen ist. Nachdem dann noch Fuhrer Claß, der Vorsitzende des Württembergischen Bundes, über außenpolitische Fragen gesprochen und Graf von der Woltz namens der Vaterländischen Verbände den Zusammenschluß begrüßt hatte, dankte Dr. Eugenberg in seinem Schlußwort allen, die an der Tagung mitwirkten, und verwies noch auf den Ernst der kommenden Reichstagsentscheidung. — In der gemeinsamen Abfassung des Deutschlandslides fand die Tagung ihren Abschluß.

## Die Deutsche Volkspartei mit den nationalen Bloch verbunden

Dingeldey spricht in Breslau

Breslau, 11. Okt. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, führte Sonntagnachmittag in Breslau vor den Vertrauensleuten der ober- und niederschlesischen Bezirksverbände der Deutschen Volkspartei in einer Rede u. a. aus: Alle Anerkennung der Persönlichkeit des Kanzlers hindere die Deutsche Volkspartei nicht, die fernere Unterstützung seiner Politik zu verneinen. Es sei nicht zu verteidigen, daß Recht und Vertrag gegenüber den Beamten, Pensionären und Angestellten angetastet würden, vor den Tarifverträgen der Gewerkschaften aber Halt gemacht werde. Wir brauchen deshalb eine Regierung, die mit großer Kraft den Freiheitswillen der Nation voranstelle. Gegen die Gefahren des Kommunismus müsse ein Damm aufgerichtet werden. Nur organische Entwicklung könne Hilfe bringen. Der Redner bekannte sich zu einem Bündnis mit der nationalen Opposition, das jedoch auf gegenseitige Achtung der Überzeugung aufgebaut sein müsse. — Die Ausführungen Dingeldeys wurden von der Versammlung in einer Entschließung, in der auch dem Parteiführer das Vertrauen ausgesprochen wird, gebilligt.

## Kommuniquee über die erste Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 10. Okt. Das gestern abend vom Reichspräsidenten ernannte Reichskabinetts trat heute vormittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zu seiner ersten Sitzung zusammen. Im Anschluß an eine allgemeine politische Aussprache setzte das Reichskabinetts sofort die bereits vom vorigen Kabinetts in Angriff genommene Arbeit an einem Wirtschaftsprogramm fort. Insbesondere wurde die Schaffung des Wirtschaftsbeirates erörtert, der mit bestimmtem Programm in kurzer Frist eingesetzt werden soll, um in grundlegenden Fragen der deutschen Wirtschafts-

politik der Reichsregierung alsbald Vorschläge zu unterbreiten.

Professor Dr. Warmbold aus dem Vorstand der F. W. Farbenindustrie A.-G. ausgeschieden

Berlin, 10. Okt. Wie wir erfahren, ist Professor Dr. H. Warmbold mit seinem Eintritt in das Reichskabinetts aus dem Vorstand der F. W. Farbenindustrie A.-G. Frankfurt a. M. ausgeschieden.

Die erste Notverordnung des neuen Kabinetts

Berlin, 10. Okt. Die heute mittag herausgekommene Notverordnung über die Veridrechnung von Feingoldhypotheken usw. ist heute vormittag in der ersten Sitzung